

1. Ausgabe – 17. Januar 2006

Ehrlich für Leipzig

Wer für das Amt des Oberbürgermeisters kandidiert, der muss es auch anstreben. Ob er es dann erhält, liegt in der Entscheidung der Wählerinnen und Wähler.

Was ich dafür tun kann, werde ich mit ganzer Kraft leisten. Das können sowohl die Leipziger Linkspartei und die WASG als auch die Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt erwarten. Dabei war ich bei allen acht Wahlen, bei denen ich seit 1990 angetreten bin, für die jeweilige Konkurrenz nie ein bequemer Wahlkämpfer und werde es auch jetzt nicht sein. Dennoch beteilige ich mich nicht an Schlamm-schlachten, sondern suche die Auseinandersetzung in der Sache. Dazu fühle ich mich auf entscheidenden kommunalpolitischen Feldern auch in der Lage. Genau deshalb haben wir uns für das Motto „Ehrlich für Leipzig“ entschieden. Diese drei Worte sind Programm und verbinden sich zugleich mit meinem persönlichen Anspruch und natürlich auch für eine eventuelle Amtsübernahme.

• Ehrlich für Leipzig heißt, dass wir die Situation unserer Stadt gründlich und schonungslos zu analysieren haben.

• Ehrlich für Leipzig heißt das Ende von Schönfärberei und Luftschlössern.

• Ehrlich für Leipzig heißt den Bürgerinnen und Bürgern die ganze Wahrheit über die Lage unserer Stadt zu sagen, weil sie sich erst so für die notwendige Mitgestaltung gewinnen lassen.

• Ehrlich für Leipzig heißt schließlich gemeinsam mit den Menschen nach Wegen zu suchen, wie sich Leipzig

konsolidieren und voranbringen lässt, was freilich eine optimistische Grundhaltung verlangt.

Mein Wahlprogramm knüpft an unser gültiges Kommunalwahlprogramm an, übernimmt Passagen aus dem Wahlprogramm von Barbara Höll und berücksichtigt nicht zuletzt Aspekte, die mir von den Freunden der WASG übergeben wurden. Bei alledem trägt das Programm

keit und solidarisches Miteinander Für mich verbirgt sich dahinter ein Grundanspruch. Wir brauchen eine solidarische Stadtgesellschaft, die Armut eindämmt und für alle Altersgruppen und Bevölkerungsschichten da ist. Der Weg zu diesem Ziel wird lang und steinig sein. Dem haben wir aber alles unterzuordnen. Dazu gehört in erster Linie ein Umdenken in der Wirtschafts- und



Foto: Gerhard Märker

meine Handschrift, denn eine Oberbürgermeisterwahl ist bekanntlich in erster Linie eine Personenwahl. Dennoch sollte natürlich die Zugehörigkeit und Verbundenheit des Kandidaten mit der Linkspartei.PDS immer auch deutlich bleiben.

Lasst mich nun, auf die sechs Teile des Wahlprogramms, die ein komplexes Gesamtangebot für die künftige Entwicklung unserer Stadt darstellen, in gebotener Kürze eingehen.

Erstens: Für soziale Gerechtigkeit

Beschäftigungsförderung. Für mich heißt das, Rahmenbedingungen zu schaffen, die wesentlich mehr nachhaltige Wertschöpfung im produzierenden Gewerbe und damit höhere Steuereinnahmen sichern. Dazu bedarf es nicht nur weiterer Ansiedlungen, sondern vor allem einer gezielten Förderung des einheimischen Mittelstandes durch Bürokratieabbau und gerechterer Auftragsvergabe. Langfristig braucht unsere Stadt zehntausende neuer Arbeitsplätze

im produzierenden Gewerbe, aber auch einen starken öffentlich geförderten Beschäftigungssektor, in dem Existenz sichernde Beschäftigungsangebote entstehen müssen und für eine längere Übergangsfrist wesentlich mehr ABM. Das alles bringt uns Hartz IV bekanntlich nicht. Für mich ist dieses sozial- und wirtschaftsfeindliche Gesetz gescheitert und gehört abgeschafft. Wer es allerdings durch den nächsten Schnellschuss, nämlich der Einführung so genannter Kombilöhne, retten will, greift nicht nur tief in die Mottenkiste und zaubert einen alten Hut hervor, sondern begeht bereits den nächsten strategischen Fehler.

Zu einer sozial gerechten Stadt gehört freilich auch der Erhalt der öffentlichen sozialen und gesundheitlichen Daseinsvorsorge. Deshalb wird es hier mit mir keinen Verkauf des letzten städtischen Klinikums und auch keine weitere Absenkung der städtischen Kapazitäten bei Altenpflegeheimen geben. Und natürlich stehe ich für die Herstellung von Chancengleichheit für Frauen, selbst wenn ich das bisherige Tun der einzigen Frau in der gegenwärtigen Rathausspitze äußerst kritisch betrachte. Weitere Ziele wie würdevoller Umgang mit dem Alter oder selbst bestimmtes Leben für behinderte Menschen sind für mich Grundwerte, an denen ich nicht rütteln lasse.

Zweitens: Für eine kinder- und jugendfreundliche Stadt Auch dieser Schwerpunkt gehört eigentlich in den Bereich des Sozialen. Ich trete für mehr Beteiligung und Mitbestimmung junger Menschen in unserer Stadt ein und fordere gleiche Bildungschancen für alle von der Kinderkrippe bis zur Berufsausbildung oder zum Studium.

Deshalb brauchen wir Kita-Plätze für alle, unabhängig vom Einkommen der Eltern. Ein stabiles Schulnetz, das der Stadtrat für einen langen Zeitraum festschreibt, ist für mich unabdingbar.

Drittens: Für Vielfalt in Kultur und Wissenschaft Leipzig ist eine Stadt reicher kultureller und wissenschaftlicher Traditionen, von denen vieles im Heute fortlebt. Das soll so bleiben. Dennoch kommen wir ange-

sichts immer knapper werdender Mittel nicht umhin Überlegungen darüber anzustellen, wie die mehr als 100 Millionen des jährlichen Kultur-etats so eingesetzt werden, dass nicht immer mehr Projekte der Basiskultur in ihrer Existenz bedroht sind. Der Vorschlag, etwa die Musikalische Komödie zu schließen, findet in mir keinesfalls einen Partner. Der Leuchtturm in Lehre und Forschung bleibt die Universität unserer Stadt, selbst wenn sie mich in den Wendewirren ins berufliche Nichts geschleudert hat. Aber nach so langer Zeit sind die Wunden verheilt. Gerade im Vorfeld des 600. Geburtstages unserer Universität müssen wir für einen viel engeren Schulterschluss mit der Stadt sorgen. Das schließt natürlich auch die anderen Hochschulen und wissenschaftlichen Einrichtungen ein. Immerhin studieren, lehren und forschen mehr als 50.000 Menschen in Leipzig.

Viertens: Für zukunftsfähige Stadtentwicklung und solidarische Stadtgesellschaft Wir bauen und planen für Menschen und deren Bedürfnisse, nicht vor allem für Architektenpreise. Deshalb muss jedes Vorhaben in erster Linie danach beurteilt werden, was es den Bürgerinnen und Bürgern bringt. Was nützt uns ein schönes Büro, wenn es leer bleibt? Und was nützt uns ein topp saniertes Gründerzeithaus, wenn sich dafür kein Bewohner findet? Stadtplanung und Stadtentwicklung müssen beachten, dass die Bevölkerung älter wird, woraus sich andere Bedürfnisse auch für das Wohnumfeld ergeben. Zugleich muss sie attraktive und bezahlbare Angebote für neue Einwohner bieten. Die soziale Entmischung ist in Leipzig schon weit fortgeschritten, was nicht gut für den sozialen Zusammenhalt einer Stadt sein kann.

Fünftens: Für solide Haushaltspolitik Leipzig ist hoch verschuldet und kaum noch handlungsfähig. Das muss klar ausgesprochen werden. Jeder Bürger unserer Stadt hat fast 2.000 Euro Schulden, nicht gerechnet die Verbindlichkeiten bei städtischen Unternehmen und Beteiligungen. Aus dieser Misere werden wir

allein nicht herauskommen, sondern müssen nachdrücklich die lange versprochene Gemeindefinanzreform auf Bundesebene einfordern und ggf. mit juristischen Mitteln gegen die Ungerechtigkeiten der Mittelzuweisungen des Freistaates Sachsen an die Stadt Leipzig vorgehen.

Noch eine klare Ansage: Ich bin nicht gegen Privatisierung schlechthin, aber ein Verkauf der LWB, der Kommunalen Wasserwerke oder der LVB kommt für mich auf keinen Fall in Frage.

Sechstens: Für das gläserne Rathaus Wenn ich gewählt würde, kann ich selbstverständlich das Personal der Stadtverwaltung nicht austauschen, sondern reiche allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern die Hand zur konstruktiven Zusammenarbeit. Aber ein anderer Arbeitsstil würde mit mir im Rathaus sehr wohl einziehen. Ich bin ein Mann, der zuhören kann und auf den Rat von Experten vertraut. Wobei Experten für mich die Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt mit ihrer Liebe zu Leipzig und ihrem Engagement sind. Deshalb würde ich zu ihnen in die Stadtbezirke und Ortsteile gehen.

Ich würde also viel mehr als der bisherige Amtsinhaber versuchen in die Stadt hinein zu wirken, denn das hat Leipzig in den nächsten Jahren bitter nötig. Das Verdienst von Wolfgang Tiefensee besteht darin, Leipzig über die Stadtgrenzen hinaus bekannter gemacht zu haben. Jetzt kommt es darauf an, unser Leipzig zu konsolidieren und langfristig wieder in sicheres Fahrwasser zu bringen.

Es stehen uns zunächst bis zum 5. Februar anstrengende Wochen bevor. Im Interesse der Stadt Leipzig und unserer gemeinsamen Sache bitte ich Euch um Unterstützung, insbesondere bei den vielen Podiumsdiskussionen, die bereits jetzt mit allen Kandidaten vereinbart sind. Denn ein Heimspiel, um wenigstens einen Blick auf die bevorstehende Fußballweltmeisterschaft zu werfen, ist für den Akteur auf dem Podium psychologisch immer schöner als eine Auswärtspartie. Ich bitte um Eure Stimme und will alles dafür tun, Euch und uns alle nicht zu enttäuschen.

Dietmar Pellmann

Einberufung der 3. Tagung der 10. Stadtdelegiertenkonferenz des Linkspartei.PDS Stadtverbandes Leipzig

Der Linkspartei.PDS Stadtvorstand Leipzig hat in seiner Sitzung am 9. Januar 2006 die 3. Tagung der 10. Stadtdelegiertenkonferenz des Linkspartei.PDS Stadtverbandes Leipzig für

Samstag, den 18. März 2006 von 9:00 bis 17:00 Uhr

einberufen. Die Tagung findet im Veranstaltungsraum der LVB, Angerbrücke, Jahnallee 56, 04177 Leipzig statt.

Es ist folgende Tagesordnung vorgesehen:

1. Eröffnung und Begrüßung
2. Referat: Die Leipziger Linkspartei.PDS nach der Oberbürgermeisterwahl 2006 und die weiteren Aufgaben.
3. Redebeitrag Enrico Stange (WASG Leipzig)
4. Diskussion
5. Bericht der Mandatsprüfungskommission
6. Änderung der Satzung der Linkspartei.PDS Leipzig
7. Kenntnisnahme der Jahresrechnung 2005
8. Wahlen
 - a. Wahl der Delegierten für den Bundesparteitag
 - b. Nachwahl einer Genossin für den Landesrat der Linkspartei.PDS
9. Anträge
10. Schlusswort

Arbeitsplan des Stadtvorstandes der Linkspartei.PDS Leipzig Januar bis Juni 2006

1. Arbeitsschwerpunkte:

- Vorbereitung und Durchführung der OBM-Wahl 2006
- Mobilisierung gegen den Sozialabbau
- Weitere Umsetzung gegen den Sozialabbau

2. Beratungen des Stadtvorstandes

6. Februar 2006

- Auswertung der Landtagsnachwahl und 1. Wahlgang OBM-Wahl (gemeinsam mit KV der WASG Leipzig)
- evtl. Vorbereitung 2. Wahlgang OBM-Wahl
- Jahresabschluss Finanzen
- Bericht der Satzungskommission

13. März 2006

- Auswertung der Befragung zur Stärken-/Schwächenanalyse
- Stand Vorbereitung 1. Mai
- Gespräch mit der Roten Hilfe Leipzig

10. April 2006

- Bericht der AG „Zusammenarbeit mit der WASG“
- SV im Dialog mit den Stadtbezirksbeiräten und Ortschaftsräten

8. Mai 2006

- Entwurf Arbeitsplan II/2006
- Auswertung der 1. Tagung des 10. Bundesparteitages

- Einnahmen-/Ausgabenrechnung I/2006
- Bericht Finanzplan

12. Juni 2006

- Verabschiedung Arbeitsplan II/2006
- SV im Dialog mit dem SV der Linkspartei.PDS Chemnitz

3. weitere Termine und Veranstaltungen

27. Januar 2006

- Tag der Ehrung der Opfer des Faschismus

17. Februar 2006

- 120. Geburtstag Erich Zeigner

18. Februar 2006

- Stadtjugendtag

21. Februar 2006

- Beratung der OV/Sprecher der Zusammenschlüsse

25. Februar 2006

- 75. Geburtstag Täve Schur

8. März 2006

- Internationaler Frauentag

18. März 2006

- 3. Tagung der 10. Stadtdelegiertenkonferenz

21. März 2006

- Beratung der OV/Sprecher der Zusammenschlüsse

23. März 2006

- Beratung mit den SchatzmeisterInnen

18. April 2006

- Beratung der OV/Sprecher der Zusammenschlüsse

8. Mai 2006

- 61. Jahrestag der Befreiung

16. Mai 2006

- Beratung der OV/Sprecher der Zusammenschlüsse

1. Juni 2006

- Internationaler Kindertag

20. Juni 2006

- Beratung der OV/Sprecher der Zusammenschlüsse

29./30. April 2006

- 1. Tagung des 10. Bundesparteitages

Regierungsbeteiligung pro oder contra?

Am Donnerstag, 19. Januar 2006, 18:00 Uhr lädt die Rosa-Luxemburg-Stiftung zur Diskussion in die Harkortstraße 10 ein. Thema: "Regierungsbeteiligung - pro und contra." Mit Hakan Doganay, WASG Berlin; Ingmar Meinecke, WASG Leipzig; Benjamin Hoff, MdA, Linkspartei Berlin und Monika Runge, MdL, Linkspartei Leipzig, Vorsitzende der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen. Moderation: Dieter Janke und Enrico Stange.

Kooperationsvereinbarung zwischen Linkspartei.PDS Leipzig und WASG Leipzig

Präambel

Die Linkspartei.PDS Leipzig und die Partei Arbeit & Soziale Gerechtigkeit – Die Wahlalternative (WASG) Leipzig und Leipziger Land sind sich ihrer historischen Unterschiede in Herkunft und Hintergrund sowie ihrer Selbständigkeit bewusst und als linke politische Kräfte darüber einig, dass für eine Umgestaltung der Gegenwart in der Bundesrepublik Deutschland und für eine tatsächlich soziale, kulturelle, emanzipatorische, feministische, ökologische, antirassistische und breiteste demokratische Entwicklung unserer Gesellschaft nur ein perspektivisches Zusammengehen aller politisch linken Kräfte eine zukunftstragende Alternative bildet. Wir sind uns einig, dass dabei ein wesentliches und verbindendes Element unseres gemeinsamen Handelns der Antifaschismus ist.

Verbunden mit ihrer jeweiligen Programmatik und in Respekt vor den Beschlüssen und Satzungsbestimmungen beider Parteien, schließen zur Vertiefung der begonnenen Zusammenarbeit und zur Beförderung des Parteienbildungsprozesses der Kreisverband Leipzig und Leipziger Land der WASG und der Stadtverband Leipzig der Linkspartei.PDS nachfolgend diese

Kooperationsvereinbarung

I. Gemeinsame Grundsätze der Zusammenarbeit

Ausgehend von den Gemeinsamkeiten in den sozialen Grundüberzeugungen sowie den Übereinstimmungen in den politischen Zielen vereinbaren beide Parteien

1. in dem Prozess der Zusammenarbeit und der Herausbildung einer gemeinsamen neuen Partei einander als gleichwertige, gleichberechtigte und gleichverpflichtete Partnerinnen anzuerkennen.
2. die politische Zusammenarbeit vertrauensvoll, solidarisch und am gemeinsamen politischen Ziel auszurichten und auszugestalten.
3. die gemeinsamen Gremien in der Zusammenarbeit und für eine Übergangszeit auch in einer gemeinsamen neuen Partei paritätisch zu besetzen.

4. den gemeinsamen Prozess der Zusammenarbeit und der Herausbildung der gemeinsamen neuen Partei nicht zur Verhandlungsmasse im politischen Diskurs und in Fragen mit unterschiedlicher Bewertung zu machen. Beide Partnerinnen vertrauen auf die Kraft des besseren und überzeugenderen Arguments. Dabei werden beide Partnerinnen offen und ehrlich miteinander umgehen.

II. Zusammenarbeit der Parteien

Beide Parteien haben in Leipzig eine enge und förderliche Zusammenarbeit mit dem Wahlkampf zu den Bundestagswahlen 2005 begonnen. Um diese Zusammenarbeit zu vertiefen und das gegenseitige Verstehen und die persönlichen Begegnungen der Mitglieder beider Parteien in Leipzig zu fördern werden

- mindestens einmal monatlich die Mitglieder der gemeinsamen paritätischen Arbeitsgruppe beider Vorstände zu Konsultationen zusammenkommen. Diese Arbeitsgruppe erarbeitet Anregungen für die sie beauftragenden Vorstände.
- die Vorstandsberatungen des Stadtvorstandes der Linkspartei.PDS und des Kreisvorstandes der WASG für die gegenseitige Teilnahme geöffnet,
- beide Vorstände sich gegenseitig regelmäßig und mindestens einmal monatlich über die Arbeit der Vorstände sowie über die Entwicklung politischer Leitlinien und Grundsatzkonzeptionen informieren. Beide Vorstände werden mindestens einmal jährlich zu einer gemeinsamen Vorstandsklausur zusammenkommen.
- beide Vorstände umgehend eine gemeinsame Pressearbeit in allen die Zusammenarbeit sowie das künftige Zusammengehen beider Parteien betreffenden Fragen umsetzen. Insbesondere wird das Mitteilungsblatt der Linkspartei.PDS Leipzig als erkennbares Zeichen der sich vertiefenden Zusammenarbeit der Mitgliedschaft der WASG zur Verfügung geöffnet.
- beide Parteien in Leipzig ihre Infrastruktur für die gemeinsame politische Arbeit für einander öffnen und bereitstellen,
- bestehende Arbeitsgemeinschaften,

Interessengemeinschaften und Plattformen für die Mitglieder beider Parteien generell geöffnet. Um ein weitgehendes Mitwirkungsrecht zu gestalten sind entsprechende statutarische Regelungen zu treffen. Diesen Arbeitsgemeinschaften, Interessengemeinschaften und Plattformen empfehlen beide Parteien einander regelmäßig zum Stand ihrer Arbeit zu informieren.

- beide Vorstände für spezielle Fragen der Zusammenarbeit gesonderte Arbeitsgruppen bilden und beauftragen,
- beide Parteien im außerparlamentarischen Kampf gegen den neoliberalen Mainstream, insbesondere gegen die Hartz-Gesetze ihre Kräfte verbinden und sich für die Aktionen und Aktivitäten der sozialen Bewegungen zur Verfügung stellen,
- beide Parteistrukturen aufbauen, die die Öffnung zu den sozialen Bewegungen und ihre politisch wirkungsvolle Mitarbeit sichern sollen,
- beide Parteien in Leipzig die Umsetzung der gemeinsamen inhaltlichen Diskussion zu gemeinsamen und unterschiedlichen Standpunkten und Bewertungen und des auf Landesebene geplanten Forums „Neue Linke“ öffentlichkeitswirksame Veranstaltungen durchführen. Dies soll in Zusammenarbeit mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung und anderen linken Persönlichkeiten erfolgen. Insbesondere sollen Veranstaltungen stattfinden zu folgenden kommunalpolitischen Fragen: Leitbild für ein soziales, bürgernahes und modernes Leipzig; Möglichkeiten einer gemeinsamen linken kommunalpolitischen Gestaltungsalternative – Chancen und Grenzen einer Regierungsbeteiligung in der Kommunalpolitik; kommunalpolitische Mittel und Möglichkeiten zur Verbesserung der Situation der vom Sozialabbau und somit von Hartz-IV Betroffenen; Demokratisierung und Bürgerbeteiligung.

III. Kommunalpolitik und Wahlen

Beide Parteien sind sich einig, dass für die Wirkung des gemeinsamen politischen Projektes einer gemeinsamen neuen linken Partei vor allem das Sichtbarwerden des gemeinsamen Handelns auf kommunalpolitischer Ebene einen entscheidenden Beitrag leisten wird.

- Deshalb empfehlen beide Parteien
- der Stadtratsfraktion der Links-

partei.PDS, die Mitsprache, Beratungs- und Mitwirkungsmöglichkeiten, die sie dem Stadtvorstand sowie der Stadtpartei der Linkspartei.PDS einräumt, auf den Vorstand und die Mitglieder der WASG adäquat zu erweitern,

- der Stadtratsfraktion und ihrem Vorstand, in regelmäßige gemeinsame Konsultationen mit dem Stadtvorstand der Linkspartei.PDS und dem Kreisvorstand der WASG einzuwilligen und einzutreten. Weil sich beide Parteien für die Interessen der sozial Benachteiligten sowie aller Bürgerinnen und Bürgerinnen und Bürger in Leipzig einsetzen wollen,
- für eine sozial gerechte Stadt

- für die Erhaltung der öffentlichen sozialen Daseinsvorsorge
- für bezahlbares Wohnen und eine zukunftsfähige Stadtentwicklung
- für persönliche Sicherheit statt Überwachung
- für Integration und gleichberechtigte Teilhabe
- für Bürgerbeteiligung und Transparenz

Beide Parteien sind sich einig, dass zur Umsetzung des Vereinbarten ebenso gehört, bei Wahlen zu Volksvertretungen sowie zu öffentlichen Ämtern nicht konkurrierend anzutreten. Sie werden deshalb zu allen Wahlen zu Volksvertretungen und für öffentliche

Ämter

- gleichberechtigt und gemeinsam die politischen Grundsätze (Wahlprogramme) erarbeiten,
- alle Personalentscheidungen für Wahlen werden vertrauensvoll, gemeinsam, gleichberechtigt und in paritätischen Gremien vorbereitet unter angemessener Berücksichtigung von Kandidatinnen und Kandidaten beider Parteien,
- die Wahlkämpfe gemeinsam für den gemeinsamen Kandidaten führen.

(beschlossen durch den Stadtvorstand der Linkspartei.PDS sowie den Kreisvorstand der WASG am 12. Dezember 2005 und deren Mitgliederversammlung am 5. Januar 2006)

Spenden für den OBM–Wahlkampf der Linkspartei.PDS in Leipzig

Am 5. Februar 2006 findet die Wahl zum Leipziger Oberbürgermeister statt. Im Unterschied zu anderen großen Parteien kann die PDS freilich nicht mit Summen an Spenden durch Großunternehmen rechnen. Wir sind auf die Hilfe und Zuwendung vieler Menschen, nicht zuletzt und vor allem unserer Mitglieder und SympathisantInnen, angewiesen, um unser inhaltliches Angebot einer möglichst breiten Öffentlichkeit

unterbreiten zu können. Daher möchten wir Euch, liebe Genossinnen und Genossen bitten, uns bei der Finanzierung unserer gemeinsamen Aufgabe zu unterstützen, damit wir besser in der Lage sind, einen möglichst erfolgreichen Wahlkampf zu führen. Entsprechende Spendenlisten werden Euren SchatzmeisterInnen übergeben. Darüber hinaus können Spenden auch auf unser Spendenkonto bei der

Sparkasse Leipzig
KontoNr.: 1125504222
BLZ: 86055592
Stichwort:
OBM-Wahlkampf

überwiesen werden.

Dafür können auch die diesem Mitteilungsblatt beiliegenden Überweisungsträger benutzt werden.

Elke Gladtyz

Aus dem Wahlkampfterminkalender des OBM–Kandidaten von Linkspartei.PDS und WASG, Dr. Dietmar Pellmann

Bei den nachstehenden Terminen handelt es sich um eine Auswahl an bereits feststehenden Wahlkampfterminen:

18. Januar 2006, 19:30 Uhr

Diskussionsrunde der LVZ mit allen OBM-Kandidaten

Mendelsohnsaal (Gewandhaus)

19. Januar 2006, 14:00 Uhr

Diskussionsrunde der Volkssolidarität, Gottschedstraße

20. Januar 2006, 12:00–15:00 Uhr

Telefonforum: "Sozialberatung" unter der Telefonnummer: 2318440

23. Januar 2006, 20:00 Uhr

Forum der Thomaskirche mit allen OBM-Kandidaten

Thomaskirche

24. Januar 2006, 18:00 Uhr

Bürgerforum Böhlitz-Ehrenberg "Große Eiche", Leipziger Str.

25. Januar 2006, 9:00 Uhr

107. Tourismusfrühstück mit allen OBM-Kandidaten, Moritzbastei

25. Januar 2006, 19:30 Uhr

Forum der Wirtschaftsjunoren
Haus des Handwerks

26. Januar 2006, 18:00 Uhr

Bürgerforum Marienbrunn

Gartenfreunde Südost,

An der Tabaksmühle 44a

27. Januar 2006, 18:30 Uhr

Diskussionsveranstaltung zu Hartz IV
linxxnet, Bornaische Str. 3 d

31. Januar 2006, 17:45

Talkrunde "Drehscheibe" im Leipzig Fernsehen

Studio 3, Listplatz

1. Februar 2006, 18:00 Uhr

Bürgerforum

Nexöheim

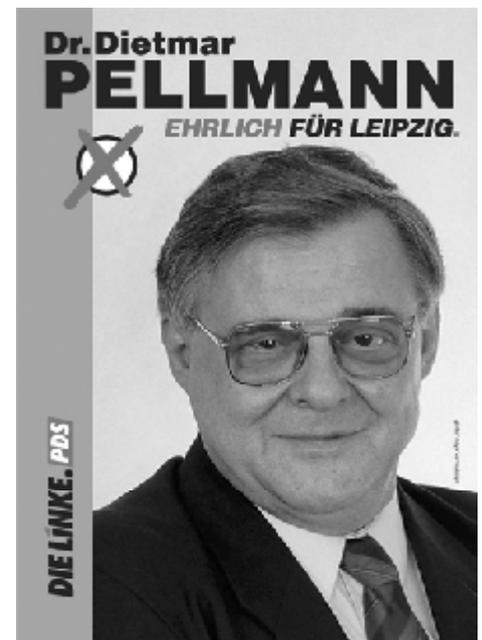
2. Februar 2006, 20:00 Uhr

Bürgerforum

Bürgerbüro MdB Dr. Barbara Höll, Gorki-
straße 120

3. Februar 2006, 12:00–15:00 Uhr

Telefonforum: "Hartz IV" unter der Telefonnummer: 2318440



Helfer gesucht

Der Wahlstab sucht noch weitere HelferInnen für die Absicherung des zentralen Informationsstandes in der letzten Wahlkampfwoche, vom 30. Januar bis 4. Februar 2006. Bitte in der Geschäftsstelle melden.

Ein Praktikum bei der LinXXpartei

Unser zweiwöchiges Schulpraktikum im Abgeordnetenbüro linXXnet von der Linkspartei.PDS ist ein Erlebnis, dass wir so schnell wohl nicht vergessen werden. In den zwei Wochen haben wir eine Vielzahl neuer Eindrücke und Erfahrungen sammeln können, die uns für unser späteres Leben wahrscheinlich noch von großem Nutzen sein werden.

Angefangen hatte alles am Montag den 5. Dezember 2005 gegen 9:00 Uhr im Abgeordnetenbüro. Eine Dienstberatung stand an und damit eine perfekte Gelegenheit uns den Mitarbeitern des linXXnet vorzustellen. Wir wurden mit Heike Werner, Stefan Hartman, Holger Weidauer und Stefanie Götze bekannt gemacht und waren mit ihnen natürlich gleich „per du“. Heike Werner ist Abgeordnete des sächsischen Landtages und verantwortlich für Hochschulpolitik und Wissenschaft. Stefanie Götze ist eine Mitarbeiterin von ihr und Mitglied im Leipziger Stadtrat. Holger Weidauer und Stefan Hartmann sind Mitarbeiter von Michael Leutert, der als Abgeordneter im Bundestag für Menschenrechtspolitik zuständig ist. Juliane Nagel, unsere Ansprechpartnerin für das Praktikum und Mitarbeiterin von Sylvia Yvonne Kaufmann, der Vizepräsidentin der Linken im Europäischen Parlament, war natürlich auch mit dabei. Auch wenn es uns nicht immer leicht gefallen ist, den zur Dienstberatung angesprochenen Themen zu folgen, war es doch interessant zu sehen, mit welchen Aufgaben und damit oft verbundenen Problemen man in der „Politik hinter den Kulissen“ konfrontiert wird. Nach Beendigung der Dienstberatung klärten wir noch einige organisatorische Fragen mit Juliane und widmeten uns dann dem Anfertigen einer Pressemitteilung über eine bald im linXXnet stattfindende Ausstellung über Diskriminierung und rechte Gewalt im Fußball.

Am Dienstag begann für uns alles etwas später. Gegen 10:30 Uhr machten wir uns auf den Weg zum Karl-Liebknechtshaus, der Parteizentrale der Linkspartei in Leipzig, wo wir eine kleine Führung genossen und uns mit der Theorie des Marxismus auseinandersetzten. Im Anschluss daran begaben wir uns zum Abgeordnetenbüro um

unsere Arbeit an der Pressemitteilung zu beenden und noch einige kleinere Aufgaben zu meistern. Den Mittwoch nutzen wir dann, um im Internet etwas zu recherchieren, Zugfahrkarten zu besorgen und letzte Kleinigkeiten für die anstehende Reise in den Landtag in Dresden zu besprechen.

Noch etwas müde und mit leicht flauem Gefühl im Magen standen wir am Donnerstagmorgen um 7:00 Uhr am Leipziger Hauptbahnhof und warteten auf unseren Zug nach Dresden. Es war gerade Sitzungswoche im Landtag und wir waren mittendrin. Wir durften den ganzen Tag an der Seite von Heike Werner und Julia Bonk, der wahrscheinlich jüngsten Landtagsabgeordneten, verantwortlich für Schulpolitik und Sport, verbringen. Von der Zuschauertribüne aus verfolgten wir die aufregenden Debatten über Themen wie die Änderungen des Schulgesetzes, den Bologna-Prozess oder die Zukunft der Biotechnologie in Sachsen. Den Freitag brachten wir dann wieder im linXXnet und beschäftigten uns mit der Auswertung des Landtagbesuches und der Vorbereitung auf den Besuch des Bundesparteitages der Linkspartei.

Gegen halb neun in der Früh am Sonntagabend holte Heike Werner uns mit dem Auto in Leipzig ab und fuhr mit uns zum Congresscenter nach Dresden, wo der Bundesparteitag stattfinden sollte. Es war eine sehr angenehme Autofahrt, da wir mit Heike viel über die derzeitige Schulpolitik sprechen konnten und sie uns einiges über ihre Arbeit im Landtag berichtete. Nach anfänglichen Schwierigkeiten bei der Anmeldung auf dem Parteitag fanden wir uns allerdings schnell zurecht, redeten kurz mit Julia Bonk und suchten uns einen Sitzplatz um den Rednern aus der Führungsspitze der Linkspartei zu lauschen. Der Höhepunkt war für uns die

Rede Gregor Gysis, der emotionsgeladen auf die Missstände in der heutigen Politik hinwies und ermutigend über den Zusammenschluss von WASG und Linkspartei sprach. Gegen 13:00 Uhr, nachdem die wichtigsten Reden vorbei waren, wurden wir von einer freundlichen Teilnehmerin des Parteitages in eine Gaststätte zu einem Neumitgliedertreffen gefahren. Zwar sind wir noch keine Parteimitglieder, wir konnten uns als Praktikanten aber trotzdem zu dem Treffen anmelden. In gemütlicher Runde wurde zu Mittag gegessen und anschließend in verschiedenen Arbeitsgruppen über unterschiedliche, die Linkspartei betreffende, politische Themen diskutiert. Am Ende des Tages fuhren wir dann etwas erschöpft mit dem Zug wieder zurück nach Leipzig, wo wir einem ruhigen Sonntag entgegensehen konnten.

In der zweiten Praktikumswoche waren wir hauptsächlich im linXXnet und arbeiteten an einem Projektantrag und unserem Praktikumsbericht für die Schule. Am Montag fand auch noch einmal eine Dienstberatung statt, wo wir alle bis auf Juliane - sie war für drei Tage nach Straßburg gefahren - noch einmal wieder sehen konnten. Dabei lernten wir auch Boris Krumnow kennen, Mitglied im Vorstand der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Sachsen, der von einer Tagung aus Russland wiedergekommen war.

Schweren Herzens verabschiedeten wir uns am Freitag von allen, die wir während unserer Zeit im Abgeordnetenbüro kennen gelernt haben und bedankten uns bei ihnen für das, was wir durch sie erleben durften, wohl wissend, dass das nicht das letzte Mal gewesen sein wird, dass wir uns mit den Strukturen linker Politik im linXXnet auseinandersetzen würden.

Asis Mousa und Christopher Gnad (10. Klasse, Gustav-Hertz-Gymnasium)

Ausstellung Rassismus und Diskriminierung im Fußball

In der Zeit vom 16. Januar bis 15. Februar 2006 ist im linXXnet, Bornaische Str. 3d die Ausstellung: "Tatort Stadion. Rassismus und Diskriminierung im Fußball." zu sehen. Es handelt sich um eine kleine Ausstellung von BAFF (Bündnis Aktiver Fußballfans), veranstaltet vom Roten Baum e.V. Leipzig
Infos: www.linxxnet.de/tatort-stadion-06.htm

HEUTE SCHON GEBOLKESTEINIGT? – Die Dienstleistungsrichtlinie (be)trifft Jeden!

Ein Bündnis aus Gewerkschaften (verdi Leipzig/ Nordsachsen, GEW Leipzig, IG Bau Leipzig, IG Metall Leipzig), attac Leipzig, StudentInnenrat der Universität Leipzig und linXXnet e.V. macht im Januar und Februar 2006 gegen die EU-Dienstleistungsrichtlinie, auch „Bolkesteinrichtlinie“ (nach dem ehemaligen, dafür verantwortlichen EU-Kommissar Frits Bolkestein) mobil. Bereits am 11. und 12. Januar fanden Informationsveranstaltungen mit Abgeordneten der Linkspartei statt (André Brie, MdEP und Nele Hirsch, MdB). Am 8. Februar 2006 wird 18.00 Uhr im Zeitgeschichtlichen Forum (Grimmaische Str. 6) eine Podiumsdiskussion mit Europaabgeordneten der CDU und SPD, der Linkspartei.PDS, Stephan Lindner von attac Deutschland sowie Frank Schmidt-Hullmann vom Referat Internationales beim Bundesvorstand der IG BAU, einem Vertreter des verdi-Bundesvorstandes sowie der GEW stattfinden. Am Samstag, den 11.2. wird das Bündnis in der Leipziger Innenstadt (Grimmaische Str./ Uni-Buchhandlung) mit hörbaren und bunten Aktionen auf die Auswirkungen der EU-Dienstleistungsrichtlinie aufmerksam machen und die BürgerInnen animieren die letzten Protestpostkarten an Europaabgeordnete nach Strasbourg zu senden. Denn dort befasst sich das Europäische Parlament am 14.2.2006 mit dem Richtlinienentwurf. Das Leipziger Bündnis mobilisiert direkt zur europaweiten Großdemonstration am 14.2.2006 nach

Strasbourg. InteressentInnen für die Busfahrt in die französische Residenzstadt des EU-Parlaments melden sich bitte bei Mike Nagler, mnle[at]gmx.net, Tel.: 0179 – 96 19 584.

Im Aufruf des Bündnisses finden sich kurze Informationen zur EU-Dienstleistungsrichtlinie. Weitere Materialien finden sich unter www.attac.de/bolkestein und www.linxxnet.de/aktuell/eu&more.htm#bolkestein.

„Pflegen, Ausbilden oder Klempnern in Deutschland, doch auf der Basis spanischer oder polnischer Sozial-, Qualitäts- und Qualifikationsstandards und deren arbeitsrechtlicher Bestimmungen – das könnte schon bald Realität sein, ginge es nach Brüsseler Spitzen.

Die Dienstleistungsrichtlinie, nach ihrem Verfasser auch Bolkestein-Richtlinie genannt, zielt auf einen europäischen Binnenmarkt als „Raum der Freiheit“, ohne „unnötige Handelshemmnisse“. Wie sich im Konkreten zeigt, sind damit unkontrollierte Liberalisierung und Deregulierung gemeint. Dabei gilt bereits der Geltungsbereich als problematisch, welcher fast alle Dienstleistungen meint, einschließlich der öffentlichen Daseinsvorsorge. Des Weiteren besteht die Gefahr des entgrenzten Unterbietungswettlaufes bei Standards im Zuge des Herkunftslandprinzips und der Niederlassungsfreiheit: Der/Die Dienstleistungserbringer/in unterliegt den Vorschriften des

Landes, in dem er/sie niedergelassen ist. Für die Kontrolle der Erfüllung von Bestimmungen ist das Herkunftsland zuständig. Unter niedergelassen ist jedoch keine Auflage zur Residenzpflicht zu verstehen. Eine einfache Briefkastenfirma ist völlig ausreichend. Das damit zwangsläufig verbundene „Ausflaggen“, um den Preis hoher Sozial-, Bildungs-, Umwelt- und Qualitätsstandards wird keine Harmonisierung der Verhältnisse in der Europäischen Union auf hohem Niveau bringen, sondern ein Rennen um die niedrigsten, weil billigsten Standards entfesseln.

Seit 2004 liegt der Kommissionsvorschlag vor. Über 1000 Änderungsanträge, warnende Stellungnahmen in Ausschüssen des Europäischen Parlamentes sowie Beschlüsse zur Novellierung der Richtlinie auf Länderebene, im Bundestag und Bundesrat hat es gegeben. Dennoch hat sich der zuständige Binnenmarktausschuss Ende November 2005 mit einer Mehrheit konservativer und liberaler Stimmen im Großen und Ganzen für den Kommissionsvorschlag ausgesprochen. Nun wird die Beschlussempfehlung dem Europäischen Parlament am 14.2.2006 vorgelegt.

Wir fordern die Menschen in Deutschland und Europa auf: Informieren Sie sich! Unterstützen Sie die Aktionstage und setzen Sie ein Zeichen gegen die Aushöhlung sozialer Standards und den Abbau öffentlicher Dienstleistungen! Nur der Druck der Bürgerinnen und Bürger kann die Richtlinie noch verhindern.“

Juliane Nagel



Büroeröffnung

Unsere Bundestagsabgeordnete Dr. Barbara Höll hat ihr Wahlkreisbüro eröffnet. Es befindet sich in der
Gorkistraße 120, 04347 Leipzig
 und ist wie folgt zu erreichen:

Telefon: 0341 2403826

Telefax: 0341 2403827

email: barbara.hoell@wk.bundestag.de

Das Büro hat von Montag bis Donnerstag täglich zwischen 10:00 und 18:00 Uhr geöffnet.

Jeden Montag finden von 10:00 bis 17:00 Uhr hier Sozialberatungen statt, welche vom Zentrum für Integration durchgeführt werden. Neben zahlreichen Gesprächsrunden mit Bürgerinnen und Bürgern sind auch Veranstaltungen mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung geplant.

Regierungsbeteiligung Linkspartei.PDS und Ergebnisse Bundestagswahl 2005

Es ist eine unendliche Geschichte die Sache mit der Regierungsbeteiligung der PDS und nunmehr der Linkspartei.PDS. Gregor Gysi sagte auf einer Wahlveranstaltung 1994 in Leipzig kommende Angebote an die PDS voraus. 1998 begrüßte er die erste Regierungsbeteiligung der PDS mit der SPD in Mecklenburg-Vorpommern als einen Wert an sich und 2001 führte er die PDS in Berlin zur Koalition mit der SPD. Und nun nach den erreichten Erfolgen bei der letzten Bundestagswahl und dem Einzug der Linkspartei.PDS als Fraktion in den Bundestag ist es wieder Gregor Gysi und mit ihm Oskar Lafontaine, die sich beide mittelfristig auch auf Bundesebene ein Koalieren mit der SPD, wenn sie sich denn wieder (?) sozialdemokratischer Traditionen besinnen würde (was immer das heißen mag), vorstellen können. Dieser Trend hin zur Regierungsbeteiligung hat in unserer Partei seine Basis in einer Schicht von Mitgliedern, die in dem Glauben befangen ist, alternative Politik zur neoliberalen sei durch Regierungsbeteiligung unter den gegebenen Macht- und Herrschaftsverhältnissen, ohne starke außerparlamentarische Gegenmacht, zu verwirklichen und die damit auch persönliche Karriere und soziale Stellung verbindet.

Nur sehen die Erfahrungen mit der Regierungsbeteiligung unserer Partei, entgegen allen Behauptungen ihrer Befürworter, anders aus. Auf keinem der Hauptpolitikfelder, wie wirtschaftliche Entwicklung, Arbeit und soziale Gerechtigkeit konnte etwas Entscheidendes im Interesse der Bürgerinnen erreicht werden. Im Gegenteil wurde die PDS in Mecklenburg-Vorpommern und Berlin in die neoliberale Politik der Agenda 2010 eingebunden, mit der sie sich mit verantwortlich macht für die weitere Umverteilung von unten nach oben. Die Folgen sind Vertrauens-

verlust bei Wählerinnen, linken Gewerkschaftern und außerparlamentarischen Bewegungen. Ein Indiz dafür sind auch die Ergebnisse der Bundestagswahl vom 18. September 2005 (siehe unten). Wann endlich sind Bundesvorstand und Landesvorstände unserer Partei bereit, sich den Erfahrungen der Regierungsbeteiligung ehrlich zu stellen und Schlussfolgerungen daraus zu ziehen?

Die Linkspartei. PDS Mecklenburg-Vorpommern konnte ihren Stimmenanteil bei der Bundestagswahl 2005 gegenüber 2002 um 7,3 Prozentpunkte erhöhen und erreichte damit das Ergebnis der Bundestagswahl von 1998. Dies erfolgte jedoch unter dem Einfluss des Zusammengehens mit der WASG. Die davon ausgehende Auswirkung auf das Wahlergebnis der Bundestagswahl kann nur eingeschätzt werden. Nach Angaben von Infratest dimap führte der gemeinsame Wahlkampf von Linkspartei.PDS und WASG vor allem zur Mobilisierung von Nichtwählern, wobei fast jeder fünfte Linksparteiwähler im Osten zuvor Nichtwähler war. Eine andere Rechnung ist, dass man davon ausgehen kann, dass die PDS, bei einem allein geführten Wahlkampf, bundesweit etwa das Ergebnis von 1998, das bei 5,1 % der Wählerstimmen lag, erreicht hätte. Da die Wahlergebnisse der Bundestagswahl 2005 im Durchschnitt der fünf ostdeutschen Bundesländer um 4,5 % Punkte über denen von 1998 liegen, kann man annehmen, dass das dem Einfluss des Zusammengehens mit der WASG und der in Aussicht gestellten Vereinigung beider Linksparteien geschuldet ist. Das deckt sich in etwa mit den Angaben von Infratest dimap. Für Mecklenburg-Vorpommern bedeutet das, dass das Ergebnis einer im Alleingang agierenden PDS zur Bundestagswahl 2005 gegenüber 2002 hätte leicht verbessert

werden können, doch weit unter dem der Bundestagswahl von 1998, dem letzten Jahr ohne Regierungsbeteiligung, geblieben wäre. Aufschlussreich ist auch, dass der Landesverband der PDS

Mecklenburg-Vorpommern 1994 mit einem Stimmenanteil von 23,6 % noch weit vor allen anderen ostdeutschen Landesverbänden der PDS lag, diese Spitzenposition auch noch 1998 innehatte, nach der Bundestagswahl 2005 aber nur noch Platz vier unter den ostdeutschen Landesverbänden der Linkspartei.PDS belegt.

Die Linkspartei.PDS Berlin konnte ihren Stimmenanteil bei der Bundestagswahl 2005 gegenüber 2002 um 5 Prozentpunkte erhöhen und erreichte gegenüber der letzten Bundestagswahl ohne Regierungsbeteiligung 1998 einen Stimmenzuwachs von 2,9 % Punkte. Nimmt man den oben eingeschätzten Einfluss des WASG-Effekts auf das Wahlergebnis 2005 auch für Berlin zur Grundlage, so dürfte auch hier das Wahlergebnis einer PDS ohne diesen Effekt unter dem der Bundestagswahl von 1998 gelegen haben. Gravierender zeigt sich das, wenn man nur den Ostteil der Stadt betrachtet. Hier lag das Wahlergebnis 2005 selbst mit dem WASG-Einfluss noch unter dem von 1998 und eine PDS, auf sich allein gestellt, wäre mit ihrem Wahlergebnis in Berlin Ost nahe dem Niedrigniveau von 2002 geblieben.

Was sagt uns das?

1. Die Ergebnisse der Bundestagswahl 2005 in Mecklenburg-Vorpommern und Berlin lassen erkennen, dass der seit 2003 wieder gewachsene Einfluss der PDS, bei Umfragewerten, die vor bekannt werden des Zusammengehens mit der WASG bereits um die 5% lagen, auf das Wahlergebnis der Linkspartei.PDS in den beiden Bundesländern nur unwesentlichen Einfluss hatte. Sie

Die Bundestagswahlergebnisse der Linkspartei.PDS in den von ihr mitregierten Bundesländern Mecklenburg-Vorpommern und Berlin (Stimmenanteil in %)

	1994	1998	2002	2005
Mecklenburg-Vorpommern	23,6	23,6	16,4	23,7
Berlin	14,8	13,5	11,4	16,4
Berlin-Ost		29,9	24,6	29,5
Berlin-West		2,7	2,7	7,2

konnten sich aus dem Ergebnistief von 2002 nur teilweise (Mecklenburg-Vorpommern) bzw. geringfügig (Berlin) erholen und bei weitem nicht das 1998 erreichte Ergebnisniveau erreichen. Auf sich allein gestellt, wären Mecklenburg-Vorpommern und Berlin ein echtes Risiko für den Einzug der PDS als Fraktion in den Bundestag gewesen. Der Zugewinn an Wählerinnenstimmen für die Linkspartei.PDS gegenüber 1998 ist in beiden Bundesländern allein dem Zusammengehen mit der WASG im Wahlkampf zu verdanken.

2. Sicher kann es verschiedene Ursachen für eine Verschlechterung von Wahlergebnissen geben, wie das z.B. bei der Bundestagswahl 2002 der Fall war, jedoch tritt der Negativtrend der PDS in Mecklenburg-Vorpommern und in Berlin seit der Regierungsbeteiligung der PDS auf, was auch schon bei der Europawahl in beiden Bundesländern und der Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern deutlich wurde. Wenn es stimmen würde, wie die Befürworter der Regierungsbeteiligung der PDS immer wieder betonen, dass eine sozialistische Partei in Regierungsverantwortung größere

Möglichkeiten hätte, ihre politischen Alternativen besser zu verwirklichen und damit für die Menschen mehr tun könnte als in der Opposition, dann müsste doch ihre Politik mehr Zustimmung haben und einen Mehrertrag an Wählerinnenstimmen erbringen, was aber nicht eingetreten ist. Es ist zu befürchten, dass bei den im kommenden Jahr stattfindenden Landtagswahlen in Mecklenburg-Vorpommern und Berlin, auf die die spezifische Landespolitik einen größeren Einfluss hat, der Verlust an Wählerinnenstimmen für die PDS für ihre in Regierungskoalition mit der SPD mitgetragene Umsetzung der unsozialen Politik von Agenda 2010 in beiden Bundesländern noch deutlicher ausfallen wird.

3. Die Erfahrungen lehren, und das auch international, dass eine sozialistische Partei unter den gegenwärtigen Macht- und Herrschaftsverhältnissen und ohne starke außerparlamentarische Gegenmacht kaum Handlungsspielräume für ihre alternative Politik hat und in die unsoziale neoliberale Politik eingebunden wird. Es ist daher für ein erfolgreiches politisches Agieren einer neuen sozialistischen Linkspartei unabdingbar,

dass unter den gegenwärtigen gesellschaftlichen Bedingungen eine Regierungsbeteiligung nicht weiter verfolgt wird. Es ist nicht verantwortbar, dass durch Regierungsbeteiligung der Linkspartei.PDS und schließlich die mit WASG vereinigte Linkspartei in permanentem Interessengegensatz zu den Bevölkerungsschichten gerät, die wir vorgeben, zu vertreten und somit den bei der diesjährigen Bundestagswahl erreichten Zugewinn an Vertrauen und Wählerinnenstimmen wieder verspielen. Somit sind nach den nächsten Landtagswahlen von der Linkspartei.PDS die Regierungskoalitionen mit der SPD in Mecklenburg-Vorpommern und Berlin nicht mehr weiterzuführen. Für künftige Regierungsbeteiligungen der sozialistischen Linkspartei, ob auf Landes- oder Bundesebene, ist generell die Bündnisfrage und außerparlamentarische Unterstützung zu klären und ob daraus eine ausreichende Gegenmacht entstehen kann, um Politik einer sozialistischen Partei auch durchsetzungsfähig zu machen.

Paul Glier,

email: paul.glier@t-online.de

4. Auflage der Filmnächte der AG Junge GenossInnen startet im Februar



Die 4. Reihe der Filmnächte der AG Junge GenossInnen Leipzig startet im Februar. Die folgenden Filme werden auf Leinwand im Liebknecht-Haus, Braustraße 15, (bei gutem Wetter im Freien) gezeigt:

- 18. Februar 2006 · 20 Uhr
Sophie Scholl
- 25. März 2006 · 20 Uhr
Die Welle
- 15. April 2006 · 20 Uhr
Spur der Steine
- 13. Mai 2006 · 20 Uhr
Die weiße Rose
- 17. Juni 2006 · 20 Uhr
Fidel & Che
- 22. Juli 2006 · 20 Uhr
Richy Guitar
- 2. September 2006 · 20 Uhr
Deutschland im Herbst
- 7. Oktober 2006 · 20 Uhr
Helden wie wir
- 11. November 2006 · 20 Uhr
Der Nürnberger Prozess
- 2. Dezember 2006 · 20 Uhr
Jim Carroll

Reisen für Gleichgesinnte!

Traditionell findet auch 2006 mit dem linken Reisebüro „tuk“ eine Fahrt nach Tschechien, Spindlersmühle statt. Die Reise in das herrliche Riesengebirge beginnt am 24. August 2006 und endet am 30. August 2006. (7 Tage/6 ÜN/HP)

Es besteht die Möglichkeit der Teilnahme am ANTIFA -Treffen am 26. August 2006 in Mala Upa am Fuße der Schneekoppe. An diesem Treffen nehmen tschechische, polnische und deutsche

Antifaschisten teil um die Gemeinsamkeit der Ideale und des Kampfes zu bekunden und zu festigen.

Von Spindlersmühle aus, dem meistbesuchten Urlaubszentrum des Riesengebirges, erfolgen Tages- und Halbtagsausflüge zu Sehenswürdigkeiten und Natursehnheiten sowie Fahrten in den Safaripark, zur Felsenstadt, nach Prag und in den polnischen Teil des Riesengebirges. Außerdem ist in unserem Urlaubshotel „Olympia“ zum Abschluß

ein Folkloreabend.

Der Preis beträgt 344,-Euro, EZZ 45,-Euro. Die Ab- und Anreise erfolgt ab Leipzig.

Anmeldungen: über das Reisebüro „Touristik und Kontakt International GmbH“ Danziger Straße 168, 10407 Berlin. Tel.030 4233333, Fax 030 4233322.

Rückfragen bitte unter Gerda Uhlig Tel. Leipzig 6883502 (mit Anrufbeantworter)

AG Reisen des

SV der Linkspartei.PDS Leipzig

Kururlaub mit dem Reisebüro „tuk“ an der polnischen Ostsee

Schnupperkururlaub in Kolberg, im Kurhaus „Doris“, 200 Meter vom Ostseestrand entfernt, mit eigener, modern eingerichteter Kur- und Behandlungsstation. 7 ÜN mit VP, ärztlichem Beratungsgespräch und 10 Kuranwendungen.

Behandlungsarten sind: Klassische- und Unterwassermassagen, Moorpackungen, Moorkonzentratbäder und Inhalationen.

Termin : 25. November bis 2. Dezember 2006, Preis pro Person 329,— Euro

Kururlaub an der Ostsee
Pogorzelica/Polen

Kurhaus „Bocianie Gnazdo“

Leistungen: Reisebus-Transfer; 14 ÜN/VP alle Zi. mit Dusche/WC/TV/Tel.

Ärztliches Beratungsgespräch, 2 Kuranwendungen pro Werktag.

Freizeiteinrichtungen: Schwimmhalle, Gymnastiksaal, Sauna, Solarium und Fitnesszentrum.

Komplexe Behandlungen bei Beschwerden des Kreislaufsystems, der Atemwege sowie des Stütz- und Bewegungsapparates.

Termin: 22. April bis 6. Mai 2006. Preis pro Person: 555.— Euro

Anmeldungen sind über das Reisebüro „Touristik und Kontakt International GmbH“, Danziger Straße 168, 10407 Berlin. Tel. 030 4233333, Fax 030 4233322 möglich.

Anfragen bitte unter Tel. G. Uhlig Leipzig 6883502 (mit Anrufbeantworter)

Außerdem gibt es beim Stadtvorstand der Linkspartei. PDS Leipzig, Braustr. 15, den „tuk“ - Katalog über „Kurreisen 2006“ mit insgesamt 30 Kurangeboten in Deutschland, Tschechien und Polen für Kurgäste die mit eigenem PKW anreisen.

AG Reisen des

SV der Linkspartei.PDS Leipzig

Dr. Volker Külöw

„Mein Platz ist
(nicht länger) in Leipzig“

Wolfgang Tiefensees dürrtliche
Bilanz als Oberbürgermeister
der Messestadt



Neue Broschüre erschienen

Unter dem Titel: "Mein Platz ist (nicht länger) in Leipzig" ist beim Stadtvorstand der Linkspartei.PDS eine Broschüre erschienen, welche von Dr. Volker Külöw erarbeitet und zusammengestellt worden ist. Diese Broschüre zieht eine glasklare Bilanz der etwas mehr als siebenjährigen Amtszeit vom nach Berlin geflüchteten Oberbürgermeister Wolfgang Tiefensee. So wird in der Broschüre zunächst eine Situationsbeschreibung unter der Rubrik: "Leipzig am Scheideweg" vorgenommen und durch die Rubriken: "Ministerposten gefällig?", "Wir Leipziger schaffen das.", „Leipzig hat einen Platz im Kreis der europäischen Metropolen zurückerobert.“, „Eine grandiose Horizonterweiterung“, „Das zweite Wunder von Leipzig“, „Die größte menschliche Enttäuschung“, „Viel erreicht - viel zu tun.“, „Mein Platz ist in Leipzig.“ und „Große Entscheidungen trifft man immer allein.“ fortgeführt.

Diese Broschüre ist ab sofort in der Geschäftsstelle der Linkspartei.PDS Leipzig, Braustraße 15, 04107 Leipzig erhältlich.

Hände weg von den Leipziger Verkehrsbetrieben (LVB)!

Unter der Überschrift „LVB müssen um Subventionen bangen“ in der heutigen Ausgabe der Leipziger Volkszeitung unterbreitet Stadträtin Peggy Liebscher für die CDU-Fraktion „Vorschläge“ zum künftigen Umgang mit den Leipziger Verkehrsbetrieben, die ultimativen Charakter haben und von mir entschieden zurückgewiesen werden. Würden sie umgesetzt, käme das dem Tod des städtischen Nahverkehrsunternehmens auf Raten gleich.

Ich verkenne nicht, dass sich auch die LVB im Rahmen veränderter EU-Bestimmungen auf einen harten Wettbewerb einstellen müssen. Aber genau hier scheinen mir die LVB auf gutem Wege. Das kann durchaus die Erschließung weiterer Betätigungsfelder als Stand-

beine bedeuten. So halte ich die Entwicklung und Herstellung des Leoliners für eine außerordentlich kreative Leistung ganz in diesem Sinne, weil so nicht nur Kosten gespart, sondern auch in Leipzig neue Arbeitsplätze geschaffen werden. Es kann doch nicht sein, dass Gewinn bringende Bereiche verkauft werden sollen, während das auch künftig auf Subventionen angewiesene Kerngeschäft bei der Stadt bleibt. Indes ist die ganze Argumentationskette von Frau Liebscher mehr als widersprüchlich. Auf der einen Seite will sie Gewinn bringende Betätigungsfelder der LVB verkaufen; auf der anderen Seite fordert sie eine rasche Modernisierung des Fahrzeugparks. Woher dafür das Geld kommen soll,

lässt sie freilich im Dunkeln. Ebenso verworren ist ihre Forderung, die Subventionen künftig nach gefahrenen Kilometern zu zahlen. Das würde ja bedeuten, dass die LVB möglichst viel fährt, ganz gleich wie viele Fahrgäste das Angebot nutzen.

Die ganze Sache ist all zu leicht durchschaubar. Die CDU vertritt einen radikalen Privatisierungskurs um jeden Preis. Sie handelt nach dem Prinzip: Der Gewinn wird privatisiert, das Risiko bleibt bei der öffentlichen Hand. Für mich gehören die Leipziger Verkehrsbetriebe, nicht zuletzt im Interesse des sozialen Friedens in unserer Stadt, zu den Kernbestandteilen öffentlicher Daseinsvorsorge. Wer daran rüttelt handelt verantwortungslos.

31. 12. 2005, Dr. Dietmar Pellmann

Keine Entspannung auf dem Leipziger Arbeitsmarkt in Sicht – beschäftigungspolitische Offensive dringend geboten

Ende Dezember waren in Leipzig fast 47.000 Menschen offiziell als arbeitslos registriert. Das waren fast 2.000 mehr als zum gleichen Zeitraum des Vorjahres. Von einer Entspannung auf dem Arbeitsmarkt unserer Stadt kann wahrlich keine Rede sein, zumal die Statistik das wahre Ausmaß von Arbeitslosigkeit verfälscht. Unberücksichtigt bleiben nämlich z. B. die Inhaber der 1-Euro-Jobs, obwohl es sich hierbei nicht um Arbeitsverhältnisse im eigentlichen Sinne handelt. Das Ausmaß wäre darüber hinaus noch dramatischer, wenn auch in Leipzig nicht viele ältere Hartz-IV-Betroffene vorzeitig Rente beantragt hätten, obwohl sie dadurch dauerhaft mit einem reduzierten Zahlbetrag leben müssen. Ob der gestiegene Übergang von Arbeitslosen in die

Selbständigkeit wirklich eine dauerhafte Entlastung des Arbeitsmarktes sein wird, muss abgewartet werden. Bekanntlich stehen gerade die so genannten Ich-AG, die für viele oft ein Notausgang aus der Arbeitslosigkeit sind, unter erheblicher Kritik von verschiedenen Seiten. Gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres ist schließlich ein beträchtlicher Anstieg der Arbeitslosigkeit von Frauen, Jugendlichen und Schwerbehinderten zu verzeichnen. Da in den folgenden Monaten erfahrungsgemäß eine weitere Zunahme der Arbeitslosigkeit zu erwarten ist, dürfte in unserer Stadt leider bald wieder die Schallmauer von 50.000 übertroffen werden.

Kurz- und mittelfristig werden wir das Problem der Arbeitslosigkeit nicht be-

wältigen können, denn allein in Leipzig fehlen vor allem Zehntausende Arbeitsplätze im Bereich produktiver und nachhaltiger Wertschöpfung. Deshalb sind Schnellschüsse wenig hilfreich. Dazu zähle für mich auch der alte Hut der massenhaften Einführung von Kombilöhnen, wo sich Sachsen erneut als Experimentierfeld anbieten will. Mindestlohn statt Kombilohn heißt für mich das Gebot der Stunde. Darüber hinaus brauchen wir endlich ernsthafte Initiativen für einen öffentlich geförderten Beschäftigungssektor. Von der Leipziger ARGE erwarte ich größere Anstrengungen bei der Ausschöpfung der zugewiesenen Bundesmittel. Anstatt sie für 1-Euro-Jobs zu vergeuden, sollten wieder mehr ABM, einschließlich angemessener Sachkosten für Projektträger, vergeben werden.

3. 1. 2006, Dr. Dietmar Pellmann

Tusch für Täve

Die Leipziger Linkspartei lädt am 25. Februar 2006, 11:30 Uhr zu Täves 75. Geburtstag in die Ernst-Grube-Halle (Gelände der DHfK) ein. Mit dabei: Adi und seine Show "Mach mit. Mach´s nach. Mach´s besser", viele prominente Künstler und Sportler und der Fraktionsvorsitzende der Linkspartei im Deutschen Bundestag, Dr. Gregor Gysi. Musik: Horst-Krüger-Band.

Regelmäßige Termine

Alle Veranstaltungen ohne Ortsangabe finden im Liebknecht-Haus (LHL) statt. Das linxxnet befindet sich in der Bornaischen Straße 3 d.
Die Rosa-Luxemburg-Stiftung (RLS) hat ihren Sitz in der Harkortstraße 10.

Beratung der Ortsvorsitzenden und Sprecher der Zusammenschlüsse

3. Dienstag im Monat, 15:00 Uhr und 18:30 Uhr

AG Betrieb & Gewerkschaft

jeden 2. Donnerstag, 19:00 Uhr

AG Cuba si

jeden 2. Dienstag, 18:00 Uhr

AG Junge GenossInnen

mittwochs, 18:30 Uhr

AG Lisa

jeden 3. Mittwoch, 19:00 Uhr

AG Parteireform von unten

jeden 3. Donnerstag, 19:00 Uhr

AG Reisen

nach Bedarf

AG Senioren

jeden 1. Donnerstag, 9:00 Uhr

AG Soziale Politik

jeden 3. Dienstag, 18:00 Uhr

AG Tollwut

mittwochs, 19:00 Uhr, linxxnet

GBM e. V. – Sprechstunden

jeden 1. Montag, 9:15 bis 11:15 Uhr

GRH e. V. – Sprechstunden

jeden 3. Mittwoch, 15:00 Uhr

IG Wohnungs- und Mietpolitik

jeden 3. Dienstag, 15:00 Uhr

ISOR e. V.

jeden 4. Mittwoch, 16:00 Uhr, Messemagistrale, Straße des 18. Oktober 10 a

Kommunistische Plattform

jeden 1. Donnerstag, 18:30 Uhr

Ökologische Plattform

jeden 1. Mittwoch, 19:00 Uhr

Marxistisches Forum

jeden 1. Dienstag, 18:00 Uhr

Die Link. Hochschulgruppe

jeden 2. u. 4. Donnerstag, 19:00 Uhr, linxxnet

Rentenberatung

Termine nach telefonischer Vereinbarung unter Tel.: 14 06 44 11

Stadtvorstandssitzung

jeden 2. Montag, 18:00 Uhr

Terminvorschau

Freitag, 20. Januar 2006

19:00 Uhr Infoveranstaltung mit Martin Endemann (BAFF), linxxnet.

Sonntag, 22. Januar 2006

8:00 Uhr Nachwahl des Direktkandidaten im Landtagswahlkreis 31.

Dienstag, 24. Januar 2006

18:00 Uhr Vortrag und Diskussion: Friedrich Schiller - Leben und Werk. Mit Dr. Sylke-Kristin Deimig (Leipzig). Moderation: Prof. Horst Pickert. RLS.

Mittwoch, 25. Januar 2006

18:30 Uhr Vortrag und Diskussion: Historische Alternativen zur Stalinisierung des deutschen Kommunismus I. USPD (Linke) und KPD (Spartacusbund) auf dem Wege zur Vereinigten Kommunistischen Partei (1919 - 1920). Mit Prof. Klaus Kinner. Gshelka, An der Kotsche 51.

Mittwoch, 1. Februar 2006

19:00 Uhr City.Control - Video- und andere Überwachung in Leipzig. Referenten: Leipziger Kamera (im Rahmen der Ausstellung „Tatort Stadion“), linxxnet.

Donnerstag, 2. Februar 2006

9:00 Uhr Beratung der AG Senioren. Thema: Strategie des Neoliberalismus. Ref.: S. Kretzschmar. An-

schließend Lichtbildvortrag über Spindlersmühle u. Mala Upa mit Prof. B. Koenitz, LHL.

Donnerstag, 2. Februar 2006

19:00 Uhr G 8-Gipfel 2007 in Heiligendamm Infoveranstaltung mit der Gruppe Gipfel soli (Berlin) veranstaltet von der Roten Hilfe OG Leipzig, linxxnet.

Sonntag, 5. Februar 2006

8:00 Uhr Wahl zum Oberbürgermeister, stadtweit.

Dienstag, 7. Februar 2006

18:00 Uhr Marxistisches Forum Leipzig: Forum mit Dr. Manfred Sohn zum Thema: „Entwicklung und Chancen der Klassenwidersprüche heute“, LHL.

Dienstag, 7. Februar 2006

18:00 Uhr Beratung der AG Soziale Politik: Öffentlichkeitsarbeit und Vorbereitung Forum mit der Fraktion. LHL.

Mittwoch, 8. Februar 2006

14:00 Uhr Sitzung des Leipziger Stadtra-

tes, Stadtratssaal, Neues Rathaus.

Mittwoch, 13. Februar 2006

18:00 Uhr Vortrag und Diskussion: "gegenwärtige Lage der EU-Beitrittskandidaten Bulgarien und Rumänien" mit Prof. Dr. Wolfgang Geier. Wahlkreisbüro Dr. Barbara Höll, Gorkistr. 120.

Mittwoch, 15. Februar 2006

18:00 Uhr Bildungsabend: „Kommunen in Not - zu Problemen der Haushaltspolitik (Zusammenhang mit den OBM-Wahlen in Leipzig). Gast: Adelaide Grützner. Stadtteilzentrum Messemagistrale, Str. d. 18. Oktober 10a.

Samstag, 18. Februar 2006

15:00 Uhr Stadtjugendtag, VILLA.

Samstag, 18. Februar 2006

20:00 Uhr Filmabend der AG Junge GenossInnen. Gezeigt wird der Film: "Sophie Scholl". Der Eintritt ist frei. LHL.

Beratung

Die Beratung der Ortsvorsitzenden und SprecherInnen der Zusammenschlüsse findet bereits am 7. Februar 2006, 18:30 Uhr im Volkshaus, verdi-Saal statt. Dabei geht es hauptsächlich um die Auswertung des 1. Wahlganges der OBM-Wahlen und der evtl. Vorbereitungen für den 2. Wahlgang.

Impressum:

Herausgeber: Linkspartei.PDS Stadtvorstand Leipzig, Braustraße 15, 04107 Leipzig, fon: 0341 - 14 06 44 11, fax: 0341 - 14 06 44 18
homepage: <http://www.linkspartei-leipzig.de>, email: vorstand@linkspartei-leipzig.de
Spendenkonto: Sparkasse Leipzig, KontoNr.: 11 25 50 42 22, BLZ: 860 555 92
Redaktion: Steffi Deutschmann, Christine Halle, Christina Mertha, Sören Pellmann (V.i.S.d.P.)
Gestaltung: Sören Pellmann
Druck: GNN-Verlag Schkeuditz, Badeweg 1, 04435 Schkeuditz

Das Mitteilungsblatt erscheint monatlich. Redaktionsschluss für die Nummer 2/2006 ist Donnerstag, 9. Februar 2006. Namentlich gezeichnete Beiträge entsprechen nicht in jedem Falle der Meinung der Redaktion. Die Redaktion behält sich sinnerehaltende Kürzungen vor.